

## Clean Industrial Deal: eine Einordnung

Die EU hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent und bis 2040 um 90 Prozent reduziert werden. Dieses Ziel ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern bietet gleichzeitig enormen Mehrwert für die Wirtschaft.

Die Ökologisierung der Wirtschaft schreitet weltweit in großen Schritten voran. China investiert massiv in Zukunftstechnologien und auch die USA treiben diese bisher mit dem Inflation Reduction Act voran. Europa, das in diesen Technologien bis vor einigen Jahren teilweise noch führend war, steht zunehmend unter Druck. Hohe Energiepreise durch fossile Abhängigkeiten und steigender internationaler Wettbewerbsdruck bringen die europäische Industrie in Bedrängnis.

Der Clean Industrial Deal ist das Herzstück der EU-Klima- und Wirtschaftspolitik für die kommenden Jahre. Durch Maßnahmen zur Ökologisierung soll die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gestärkt, Energiekosten gesenkt, Zukunftstechnologien gefördert und die Kreislaufwirtschaft ausgebaut werden.

Der Clean Industrial Deal hat auch große Bedeutung für Österreich. Neben dem wirtschaftlichen Impuls für die heimische Wirtschaft wird er, wie bereits der Green Deal, die österreichische Klimapolitik maßgeblich mitbestimmen.



Quelle: Europäische Kommission 2025.

## Clean Industrial Deal auf einem Blick

Maßnahmen	Lücken	Österreich
<b>Leistbare Energie:</b> Bis 2030 jährlich +100 Gigawatt an erneuerbarer Energiekapazität		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Umsetzung der Strommarktreform</b> von 2024</li> <li>• <b>Garantien für Energieverträge</b></li> <li>• Ausbau der Transeuropäischen Netze</li> <li>• <b>Steuerkürzungen</b> und flexible Tarife</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Ziele für die Reduktion des <b>Energieverbrauchs</b></li> <li>• Keine Pläne für Ausstieg aus <b>fossilen Brennstoffen</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Strommarkt-reform</b> noch nicht umgesetzt</li> <li>• <b>EABG und EIWG</b> Beschluss notwendig</li> </ul>
<b>Zukunftstechnologien:</b> Bis 2030 40 % Zukunftstechnologien produziert in der EU		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Industrial Decarbonisation Bank</b> aus ETS-Einnahmen (Ziel: 100 Mrd. €) &amp; 100 Mrd. € zur sofortigen Unterstützung der Industrie</li> <li>• <b>Steueranreize</b> und EIB-Investitionen für neue Technolog.</li> <li>• <b>Leitmärkte für grüne Produkte</b> durch Beschaffungskriterien und CO<sub>2</sub>-Produktkennzeichnungen</li> <li>• Abschaffung <b>fossiler Subventionen</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fehlender Fokus auf <b>Schlüssel-technologien</b> wie Batterien und Wärmepumpen</li> <li>• Risiko ineffizienter Förderung</li> <li>• Unzureichende Ambition bei <b>Elektrifizierung</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaftliche Potentiale strategisch nutzen</li> <li>• <b>Grüne Leitmärkte</b> schaffen durch Anpassung österreichischer Beschaffungskriterien</li> </ul>
<b>Kreislaufwirtschaft:</b> Bis 2030 24 % Kreislaufwirtschaftsquote (von 11,8 % heute)		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>2026: Circular Economy Act</b></li> <li>• Stärkung des <b>Binnenmarkts für recycelte Rohstoffe</b> und Schaffung von Absatzmärkten</li> <li>• Exportbeschränkungen für kritische Rohstoffabfälle</li> <li>• Reform der Mehrwertsteuer für Second-Hand-Produkte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ziele für die Reduktion des <b>Ressourcen-verbrauchs</b></li> <li>• Konkretisierung bzgl. Recycling- infrastruktur &amp; Finanzierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Nutzung bestehender Potenziale</b> in der Metall- verarbeitung, im Baustoff- und Kunststoff- recycling.</li> </ul>

Quelle: Europäische Kommission 2025.

## 1. Leistbare Energie

Die Energiepreise in Österreich und der EU insgesamt sind doppelt so hoch, wie in den USA oder China. Hauptgrund dafür ist Europas Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Selbst wenn diese nur einen kleinen Teil der Energieproduktion ausmachen, bestimmen sie oft die Preise, denn im Merit-Order-System setzt das teuerste noch benötigte Kraftwerk den Preis. So bestimmte das Gas im Jahr 2023 zu 60 Prozent der Zeit den Strompreis, obwohl es weniger als 10 Prozent des österreichischen Strommixes ausmacht. Nur der Ausbau von erneuerbaren Energien kann Energiepreise dauerhaft niedrig und stabil halten.

### Österreich Deep-dive

Die Voraussetzung dafür, dass die Energiekosten sinken können, ist laut Clean Industrial Deal, dass alle EU-Mitgliedsländer die Strommarktreform von 2024 umzusetzen. Österreich hat noch nicht einmal die Vorläuferreform von 2019 umgesetzt, und ist deshalb schon seit 2021 in ein Vertragsverletzungsverfahren (Nr. 2021/0005) verwickelt. Das vorgeschlagene Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) und das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) sind die zwei Schlüsselmaßnahmen, die die Umsetzung in die Wege leiten würden. Damit können Netze und Erneuerbare Energien schneller ausgebaut und effizienter genutzt werden. Außerdem können die Preise (Netztarife und Energiepreise) damit direkt angepasst werden.

### 1.1. Clean Industrial Deal zu leistbarer Energie

**Die EU will die Mitgliedstaaten künftig mit Energieverträgen (Power-Purchase-Agreements und Contracts for Difference) unterstützen.** Erneuerbare Energien sind langfristig günstiger, erfordern jedoch hohe Anfangsinvestitionen. Um das Investitionsrisiko für Energieerzeuger zu senken und damit die Realisierung von Energieprojekten zu erleichtern, soll die Europäische Investitionsbank mit Garantien für Verbraucher die Nachfrage sichern. Mit sogenannten Contracts for Difference kann die öffentliche Hand das Risiko für Energieerzeuger verringern: Fällt der Strompreis unter einen vereinbarten Wert, gleicht der Staat die Differenz aus. Liegt er darüber, zahlt der Energieerzeuger den Überschuss an den Staat zurück. Das Konzept zur Risikoteilung ist nicht neu, wird in Österreich aber noch nicht angewendet.

Neben den Energieverträgen schlägt die EU-Kommission den Mitgliedstaaten vor, Stromsteuern auf das gesetzliche Minimum zu senken und Abgaben zu kürzen, um Preise kurzfristig zu senken. Gleichzeitig plant sie neue Regeln für den grenzüberschreitenden Stromhandel, eine einheitlichere Gestaltung der Netzgebühren und das *European Grid Package*, das den Ausbau und die Genehmigung von Stromnetzen erleichtern soll.

## 1.2. Schlüsselziel

Als Schlüsselziel für den Ausbau der erneuerbaren Energie legt der Clean Industrial Deal fest, bis zum Jahr 2030 jährlich 100 Gigawatt an erneuerbarer Energiekapazität auszubauen. Zum Vergleich: In den letzten fünf Jahren lag der Zubau im Durchschnitt bei 56 GW pro Jahr – mit steigender Tendenz. Im vergangenen Jahr wurden bereits rund 80 GW zugebaut.

## 1.3. Lücken und offene Punkte

**Da viele Mitgliedstaaten die bestehenden EU-Richtlinien oder Empfehlungen der Kommission noch nicht umgesetzt haben, bleibt der Clean Industrial Deal im Bereich leistbarer Energie weitgehend bei bereits bekannten Maßnahmen.** Die Finanzierung des dringend notwendigen Netzausbaus auf EU-Ebene ist noch ungeklärt und muss mit dem Europäischen Stropaket sichergestellt werden. Zudem fehlen wichtige Schlüsselziele zur Senkung des Energieverbrauchs und zum schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Stattdessen setzt der Clean Industrial Deal einen Schwerpunkt auf die Effizienzsteigerung im Gasmarkt.

## 2. Zukunftstechnologien (Finanzierung & Leitmärkte)

Im Zentrum des Clean Industrial Deal stehen neben leistbarer Energie die Förderung von Zukunftstechnologien, die die Ökologisierung der Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben und die europäische Industrie wieder wettbewerbsfähig machen. Gleichzeitig soll der Absatzmarkt für Produkte aus elektrifizierten oder ressourcenschonenden Produktionsprozessen gestärkt werden, um eine breite industrielle Transformation zu ermöglichen. Der Clean Industrial Deal setzt dabei auf zwei zentrale Hebel: die Finanzierung von Zukunftstechnologien auf der Angebotsseite und die Schaffung von Leitmärkten für die industrielle Transformation auf der Nachfrageseite.

Um die Entwicklung und Skalierung von klimafreundlichen Technologien zu erleichtern, stellt der Clean Industrial Deal neue Finanzierungsinstrumente bereit. Gleichzeitig sollen Leitmärkte entstehen, die den Absatz emissionsarmer Produkte fördern, Skalierungseffekte ermöglichen und so die Marktdurchdringung beschleunigen. Diese gezielten Maßnahmen können Innovationen vorantreiben, Kosten senken und Unternehmen Investitionssicherheit bieten.

### Österreich Deep-dive

Österreich hat in bestimmten Industriezweigen das Potenzial, mit Zukunftstechnologien eine führende Rolle auf globaler Ebene einzunehmen. Besonders in den Bereichen erneuerbare Wärme, klimafreundliche Chemikalien und Kunststoffe, grüner Stahl und industrielle Elektrifizierung verfügt das Land über starke industrielle Grundlagen. Das Austrian Institute of Technology hat in diesem Zusammenhang Wärmepumpen, Elektrolichtbogenöfen für grünen Stahl, Olefinproduktion aus erneuerbaren Rohstoffen und Biomassekessel für Prozesswärme als Schlüsseltechnologien mit hohem Potenzial identifiziert.

Bisher fehlt eine kohärente Strategie, um diese Potenziale systematisch zu heben. Der Clean Industrial Deal bietet Instrumente zur Mobilisierung von Investitionen und zum Aufbau grüner Leitmärkte. Ohne gezielte Maßnahmen droht Österreich den Anschluss zu verlieren, während andere Länder ihre klimaneutrale Industrie gezielt ausbauen. Eine ambitionierte Umsetzung könnte Innovationen beschleunigen, die Wettbewerbsfähigkeit stärken und langfristig Arbeitsplätze sichern.

#### 2.1. Clean Industrial Deal zu Zukunftstechnologien

Um die EU als globalen Vorreiter bei Zukunftstechnologien, wie Batterien, Wärmepumpen und Windkraft zu etablieren, setzt der Clean Industrial Deal auf effizientere Genehmigungsverfahren, neue Finanzierungsinstrumente und steuerliche Anreize. Neben den Genehmigungen im Energiebereich sollen auch Verfahren zur Elektrifizierung der Industrie vereinfacht und beschleunigt werden. Der *Industrial Decarbonisation Accelerator Act* soll dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

**Zur finanziellen Unterstützung des Clean Industrial Deal sind zwei zentrale Fördertöpfe vorgesehen.** Einerseits soll der Deal selbst 100 Milliarden Euro mobilisieren, um kurzfristige Entlastung zu bieten und die Wettbewerbsfähigkeit sowie den *Business Case* für in der EU produzierte Zukunftstechnologien zu verbessern. Andererseits soll die *Industrial Decarbonisation Bank*, die aus Einnahmen des EU-Emissionshandels finanziert wird, langfristige Investitionen ermöglichen. Sie startet dieses Jahr mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro und soll nach der Überarbeitung der ETS-Richtlinie 2026 auf 100 Milliarden Euro anwachsen. Zusätzlich sollen der *Competitiveness Fund*, die *Spar- und Investitionsunion*, die *Europäische Investitionsbank* und Horizon Europe private Investitionen mobilisieren und erleichtern.

Neben der EU-weiten Finanzierung sollen auch die Mitgliedstaaten mehr Spielraum erhalten, zukunftsfähige Industrien mit öffentlichen Mitteln gezielt zu unterstützen. Dafür soll bis zum Sommer 2025 der Rahmen für staatliche Beihilfen aktualisiert werden, um unter anderem steuerliche Begünstigungen zu ermöglichen. Diese steuerbezogenen

Maßnahmen werden mit weiteren Schritten zur Reduktion und Abschaffung fossiler Subventionen gekoppelt.

**Für die Schaffung von Nachfrage mittels Leitmärkten ist die öffentliche Beschaffung ein zentraler Hebel.** Im Clean Industrial Deal wird den Mitgliedstaaten empfohlen, Nachhaltigkeitskriterien in ihre Vergabeverfahren zu integrieren. Gleichzeitig wird die EU-Vergaberichtlinie 2026 überarbeitet, um EU-weite Kriterien wie Mindestquoten für CO<sub>2</sub>-arme Produkte, etwa CO<sub>2</sub>-armen Stahl, festzulegen. Darüber hinaus wird die Kommission prüfen, wie entsprechende Vorgaben auch in der privaten Beschaffung durch Produktvorschriften verankert werden können, beispielsweise durch Stahlquoten und Bauvorschriften. Entsprechende Mindestquoten für die öffentliche und private Beschaffung sollen bis Ende 2025 mit dem Industrial Decarbonisation Accelerator Act festgelegt werden.

Neben neuen Kriterien soll der Industrial *Decarbonisation Accelerator Act* freiwillige Produktkennzeichnungen einführen. Die Labels sollen die Emissionsintensität von Industrieprodukten ausweisen, auf Basis der Daten des EU-Emissionshandels (ETS). Ab 2025 soll die Kennzeichnung zunächst für Stahl eingeführt und später auf Zement ausgeweitet werden. Diese Labels können dann als Grundlage für Fördervergabe und steuerliche Begünstigungen dienen und gleichzeitig Verbrauchern mehr Transparenz über die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Produkte bieten.

## 2.2. Schlüsselziel

Die zwei zentralen Schlüsselziele für eine zukunftsfähige Industrie sind eine Elektrifizierungsrate von 32 Prozent bis 2030 (aktuell 23 Prozent) und ein Anteil von 40 Prozent an in der EU produzierten Zukunftstechnologien bis 2030.

## 2.3. Lücken und offene Punkte

**Obwohl der Clean Industrial Deal Zukunftstechnologien in den Mittelpunkt stellt, fehlt ein strategischer Fokus auf Schlüsseltechnologien.** Der Draghi Report, der in vieler Hinsicht als Blueprint für den Deal gilt, betont, dass Technologien mit europäischem Wettbewerbsvorteil und starkem Wachstumspotenzial, wie Batterien und Wärmepumpen, priorisiert werden sollten. Statt diesen Fokus, etwa bei Fördermaßnahmen, klar zu setzen, bleibt der Clean Industrial Deal durchgehend vage und beharrt auf Technologie-Neutralität – mit der Gefahr, dass Mittel ineffizient eingesetzt werden, falsche Anwendungen gefördert werden oder Scheinlösungen in den Vordergrund rücken. Dadurch droht eine Verzögerung der Ausrollung bereits skalierbarer Technologien, die in der breiten Anwendung besonders wirkungsvoll wären.

**Auch bei der Elektrifizierung mangelt es an Konkretisierung und Ambition.** Das 2030-Ziel von 32 Prozent reicht laut Analysen nicht aus, um die EU-Energieziele zu erreichen. Zudem ist die neue *Industrial Decarbonisation Facility* nicht gezielt auf Elektrifizierung ausgerichtet. Während staatliche Beihilfen überarbeitet werden sollen, bleibt abzuwarten, ob die geplanten Anreize ausreichen, um einen fairen Wettbewerb mit den USA (Inflation

Reduction Act) oder China zu ermöglichen. Auch bei den Leitmärkten sind die Details noch unklar: Die Einführung verpflichtender Quoten für CO<sub>2</sub>-arme Produkte in der öffentlichen Beschaffung wird zwar erwähnt. Es bleibt aber offen, wie ambitioniert und verbindlich diese letztlich ausgestaltet werden.

### 3. Kreislaufwirtschaft

Da Europa nur über begrenzte eigene Rohstoffvorkommen verfügt, muss die EU verstärkt auf Kreislaufwirtschaft setzen, um Ressourcen effizienter zu nutzen und Abhängigkeiten zu verringern. Gleichzeitig kann eine funktionierende Kreislaufwirtschaft Innovationen vorantreiben, Emissionen reduzieren und Kosten senken. Der Clean Industrial Deal prognostiziert, dass das Marktpotenzial der Kreislaufwirtschaft bis 2030 von 31 auf 100 Milliarden Euro steigen könnte, verbunden mit der Schaffung von 500.000 neuen Arbeitsplätzen in diesem Sektor.

Obwohl die EU in der Kreislaufwirtschaft eine führende Rolle einnimmt, werden viele Chancen noch nicht genutzt, da ein gemeinsamer Markt für Abfälle, Sekundärrohstoffe und wiederverwendbare Materialien fehlt. Ohne diesen einheitlichen Rahmen können Skaleneffekte nicht realisiert werden, was die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen beeinträchtigt.

#### 3.1. Clean Industrial Deal zur Kreislaufwirtschaft

Der Clean Industrial Deal kündigt den *Circular Economy Act* für 2026 an, der den Binnenmarkt für zirkuläre Produkte, Sekundärrohstoffe und Abfälle stärken soll. Eine Maßnahme darin ist die Überarbeitung der Regulierung von Elektroschrott, um sicherzustellen, dass die kritischen Rohstoffe, die darin enthalten sind, zurückgewonnen werden. Dazu werden auch Limits für den Export von Abfälle mit kritischen Rohstoffen eingeführt, um Recycling zu fördern. Zudem sollen überregionale Kreislaufwirtschafts-Hubs Investitionen zwischen Mitgliedstaaten erleichtern. Die Kommission prüft außerdem eine Reform der Mehrwertsteuer für Second-Hand-Produkte, um Doppelbesteuerung zu vermeiden und die Wiederverwendung wirtschaftlich attraktiver zu machen.

Der Clean Industrial Deal umfasst auch Maßnahmen zur gemeinsamen Beschaffung kritischer Rohstoffe. Neben der Umsetzung des EU-Gesetzes zu kritischen Rohstoffen plant die Kommission die Einführung eines Mechanismus zur Nachfragebündelung und Vermittlung, um den Zugang zu strategischen Rohstoffen zu erleichtern und einseitige Abhängigkeiten und Preissetzung zu verhindern. Langfristig soll ein dediziertes EU-Zentrum für kritische Rohstoffe entstehen, das im Auftrag interessierter Unternehmen gemeinsame Beschaffungen koordiniert.

### Österreich Deep-dive

Österreich hat eine starke Ausgangslage im Recycling und verfügt über etabliertes Know-how in der Rückgewinnung kritischer Rohstoffe. Besonders in Bereichen wie der Metallverarbeitung, dem Baustoff- und Kunststoffrecycling und der Aufbereitung industrieller Nebenprodukte könnte das Land von einer stärkeren Kreislaufwirtschaft erheblich profitieren.

Derzeit werden viele dieser wertvollen Rohstoffe jedoch ins Ausland exportiert oder deponiert, statt sie in der EU weiterzuverarbeiten, was europäische Industrien weiter von Importen abhängig macht. Die im Circular Economy Act geplanten Exportbeschränkungen für kritische Rohstoffe sollen diesem Trend entgegenwirken und sicherstellen, dass hochwertige Sekundärrohstoffe in der EU verbleiben. Das würde nicht nur europäische Wertschöpfungsketten stabilisieren, sondern auch Unternehmen in Österreich neue Investitionsanreize bieten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken.

### 3.2. Schlüsselziel

Der Clean Industrial Deal setzt das Ziel, die Kreislaufwirtschaftsquote bis 2030 auf 24 Prozent zu erhöhen – mehr als eine Verdopplung gegenüber dem aktuellen Wert von 11,8 Prozent.

### 3.3. Lücken und offene Punkte

**Neben dem Ziel zur Kreislaufwirtschaftsquote ist auch eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs entscheidend**, um Rohstoffabhängigkeiten zu verringern und die ökologische Belastung der Industrie zu senken. Ein verbindliches Ziel für den Gesamtressourcenverbrauch im kommenden Circular Economy Act ist dafür unerlässlich.

**Unklar bleibt, wie der Ausbau der Recyclinginfrastruktur unterstützt werden soll**, insbesondere durch Investitionen in Sortier- und Rückgewinnungstechnologien. Auch die Schaffung eines funktionierenden Binnenmarkts für Sekundärrohstoffe wird nicht ausreichend adressiert – es fehlen Maßnahmen zur besseren Abstimmung nationaler Recyclingvorgaben, zur Beseitigung bürokratischer Hürden beim grenzüberschreitenden Handel und zur gezielten Förderung hochwertiger Sekundärrohstoffe in industriellen Prozessen. Ebenso fehlen gezielte Maßnahmen zur Förderung von *Repair & Reuse*, um die Lebensdauer von Produkten zu verlängern und den Bedarf an Primärrohstoffen weiter zu senken. Schließlich bleibt die Finanzierung weitgehend offen – ob gezielte Förderungen oder Steueranreize vorgesehen sind, bleibt abzuwarten.

#### **4. Fazit**

Die europäische Wirtschaft leidet an hohen Energiepreisen und zunehmend mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Der Clean Industrial Deal erkennt diese Probleme, setzt an den richtigen Stellen an und bietet dafür naheliegende Lösungen an.

Für konkrete Maßnahmen gegen diese Probleme bietet der Deal allerdings nur vereinzelt neue Antworten. Das zeigt sich an den formulierten Schlüsselzielen. Ziele zur Reduktion Verbrauchs - ob bei Ressourcen, Energie oder fossilen Rohstoffen - werden gänzlich vermieden. Leider versäumt es die Kommission in ihrem Vorschlag auch, entgegen den Empfehlungen im Draghi-Bericht, auf bestehende Stärken im Bereich der Zukunftstechnologien zu setzen und hier einen klaren Fokus zu ermöglichen.

Stattdessen verweist die Kommission vielfach auf die Umsetzung bereits beschlossener EU-Gesetze. Zu Recht: Denn der Clean Industrial Deal ist, wie jedes EU-Gesetz, kein politischer Alleingang der Kommission oder ihrer Präsidentin. Dass aus den Vorschlägen Gesetze werden, bedarf es der Übereinkunft mit dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat. Dass die Gesetze tatsächlich umgesetzt werden und ihre volle Wirkung entfalten können, liegt aber in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Auch Österreich war bei wichtigen Gesetzen in den vergangenen Jahren säumig.

Die Klimaziele zu erreichen und dabei den Wohlstand in Europa zu sichern, erfordert jedoch das Engagement auf allen politischen Ebenen. Ob der Clean Industrial Deal zu diesen Zielen führt, wird sich mit der konkreten Ausformulierung der Gesetzesakte und an der Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten entscheiden.